

NETZWERK DER INITIATIVGRUPPEN GESTEINSABBAU e.V.

o81o7 Hartmannsdorf
Schulweg 2
Tel. o376o2 - 6o68

Sehr verehrte Liebe Freunde unserer Arbeit!

(Rundbrief 3 v. 29.11.95)

Wir Laden Sie ein zur nächsten Zusammenkunft am 15.12.95 und am 12.1.96 wieder in den Räumen der Bündnis-Grünen in Zwickau, Nicolaistr. 19, Tel.o375-2921o5/241823/293514. Für die Zusammenkunft im Neuen Jahr wird Frau Nicolaus, MdL, versuchen, Herrn Prof Mannsfeld und/oder Herrn Abteilungsleiter Wagner, SMWA, zu gewinnen. Nehmen Sie die Möglichkeit wahr, mit ihnen das Gespräch zu führen. Beginn 19,oo Uhr.

Die Zusammenkunft am 18.11. in Glauchau war gut besucht, weniger die sich anschließende Zusammenkunft des Netzwerkes, wo wir die Unterlagen für die Anhörung in Bonn zusammenstellten. Darüber hören Sie am 15.12. mehr.

Auffällig waren die Stellungnahmen der Staatsministerien für Umwelt (Trawnicek) und Landwirtschaft und Forsten (Lippert). Letzteres müßte noch mehr in die Arbeit einbezogen werden, besonders im Hinblick auf Förderung von Wiedereinrichtern und Tourismus, die ja den Initiativen des SMWA zuwiderlaufen. Behauptet wurde in diesem Zusammenhang, daß bei Stellungnahmen der LRA diese beiden Gesichtspunkte nur ganz wenig erwähnt wurden (z.B. Claußnitz und Umgebung)

Herr Präsident Schmidt teilte mit, daß es im OBA Freiberg einen Bürgerreferenten gäbe: Herrn Rössel, Tel Freiberg 365378.

Wichtig wird für unsere weitere Arbeit, auch nach Bergrechtsänderung sein, das Entschiedene zwischen 9o und 95 in Scopingverfahren mit allem Für und Wider erneut zu konfrontieren und so nachzubessern (fakultative UVP, Abstimmung mit den von den LRA erarbeiteten Flächenplänen im Rahmen des LEP etc.), da auch eine Rechtsänderung Bestandschutz ausspricht.

Ich wünsche Ihnen eine trotz aller Belastungen frohe Adventszeit

Ihr

J.-W. B. ...
p.S.: Die Landessynode der Landeskirche Sachsens hat die Kirchenleitung und das Landeskirchenamt aufgefordert, den in der Arbeit Stehenden zu danken, sich an die Bundes- und Landesregierung (für ein neues Bergrecht) zu wenden und als nunmehr auch Betroffene wegen Grundabtretung einen Musterprozeß zu führen.

J. D.